

Tagesordnung I Punkt 4 der öffentlichen Sitzung am 03. April 2014

Antrags-Nr. 14-F-33-0039

Zukunft der haushaltsnahen Wertstofffassung

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 25.03.2014

Mit der Kündigung der Clearingvereinbarung durch die DSD (Duales System Deutschland GmbH) Ende Februar 2014 sind Leistungseinschränkungen bei der Entsorgung von Leichtverpackungen zu befürchten. Außerdem muss die Stadt Einbußen bei den Nebenentgelten für die Abfallberatung sowie die Standplätze für Altglas- und Papiercontainer befürchten.

Unabhängig von dieser aktuellen Entwicklung schreibt die Abfallrahmenrichtlinie der EU bzw. § 14 Absatz 1 des Kreislaufwirtschaftsgesetzes vor, spätestens ab dem 1. Januar 2015 Kunststoffe, Metalle, Glas und Papier getrennt vom Restabfall zu erfassen. Offen ist, ob die zukünftige Trägerschaft des Erfassungssystems privat oder kommunal sein wird.

In Wiesbaden wird seit Januar 2013 ein Modellversuch „Wertstofftonne“ durchgeführt.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, ob es zu Leistungseinschränkungen bei der Entsorgung von Leichtverpackungen in Wiesbaden gekommen ist;
2. zu berichten, in welchem Umfang mit Einbußen bei den Nebenentgelten für Wiesbaden gerechnet werden muss;
3. über die Erfahrungen mit dem Modellversuch „Wertstofftonne“ zu berichten;
4. über die kommunalen Spitzenverbände darauf hinzuwirken, dass der Bundesgesetzgeber zumindest die Option für eine kommunale Trägerschaft des Erfassungssystems ab 2015 ermöglicht;
5. rechtzeitig mit allen planerischen und organisatorischen Vorarbeiten zu beginnen, um sich auf die verschiedenen Szenarien einer Fortentwicklung der haushaltsnahen Wertstofffassung vorzubereiten.

Beschluss Nr. 0142

Der gemeinsame Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und SPD vom 25.03.2014 betr.

Zukunft der haushaltsnahen Wertstofffassung

wird angenommen.

Dem Magistrat
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Wiesbaden, .04.2014

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
-16 -

Wiesbaden, .04.2014

Dezernat VII
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister